

Sächsischer Elbzeitung

Tageblatt für die

enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonto: Stadtbank Bad Schandau Nr. 12. — Postkassenkonto: Dresden 33327. Fernspr.: Bad Schandau Nr. 22. — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau.

Erscheint täglich nachmittags 1/2 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: frei Haus monatlich 1,85 RM. (einschl. Trägergeld), für Selbstabholer monatlich 1,65 RM., durch die Post 2,00 RM. einschl. Postgebühren. — Einzelnummer 10, mit illustrierter 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor.



Sächsische Schweiz

Lagezeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleiniechthel, Kleinhennerdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelsdorf, Ostau, Forstsdorf, Postwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtisdorf, Schmika, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung Alma Hiete, Inh. Walter Hiete. Verantwortlich: Walter Hiete.

Anzeigenpreis (in RM.): Die Tagespaltene 35 mm breite Zeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für in- und ausländische Zeitungen.

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Das Unterhaltungsblatt“, „Das Leben im Bild“

Abschreiben einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung berechtigt nicht zur Bezugspreiskürzung oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung.

Nr. 134

Bad Schandau, Freitag, den 10. Juni 1932

76. Jahrgang

Für eilige Leser.

* Nach Mitteilung des „Gewerkschaftlichen Pressedienstes“ richtete der Gewerkschaftsrang ein Telegramm an die Reichsregierung, in welchem er schärfsten Einspruch gegen die beabsichtigte Einführung einer Festbesoldetensteuer erhob. Die dadurch hervorgerufenen Folgewirkungen seien für die gesamte Wirtschaft überaus verhängnisvoll.

* Belgien hat einen General und zwei andere Offiziere beauftragt, die Verhandlungen gegen die neun belgischen Soldaten zu unterbrechen, die kürzlich in der Nähe von Trier die deutsche Grenze überschritten.

* Aus Stockholm wird bestätigt, daß der schwedische Prinz Gustaf Adolf, der älteste Sohn des Kronprinzen, in den nächsten Tagen zu seiner Verlobung mit der Prinzessin Sibylle von Sachsen-Coburg-Gotha fährt. Er wird am 15. Juni in Coburg eintreffen, wo die Verlobung am 16. Juni stattfindet.

* Professor Piccards Gondel ist nach manchem Hin und her nun doch Mittwoch nacht in Zürich eingetroffen und am Donnerstag von dem Gaswert Schlieren ausgeladen worden. Bereits in der nächsten Woche soll auf dem Spielplatz des Fußballclubs Grasshoppers in Zürich der zweite Aufstieg erfolgen. Der Start ist um 3 Uhr morgens vorzusehen.

Einleuten Frankreichs?

London, 10. Juni.

Englischen Pressemeldungen zufolge sollen bei der britischen Regierung wichtige Nachrichten eingegangen sein, die auf ein Einleuten Frankreichs in der Reparationsfrage schließen lassen. Britische Regierungskreise beurteilen infolgedessen die Aussichten auf eine Regelung des Reparationsproblems hoffnungsvoller denn je.

MacDonald soll angeblich die Absicht haben, Herriot den Vorschlag zu machen, die Lausanner Konferenz nach der Aussprache über die Reparationsfrage zu vertagen und die Arbeiten entweder in der Schweiz oder in London zur Prüfung des zweiten Teiles der Tagesordnung zu einem Zeitpunkt wiederaufzunehmen, an dem es den Vereinigten Staaten möglich sein werde, Delegierte zu entsenden.

Ab Donnerstag Tributkonferenz

Die Eröffnung der Tributkonferenz soll am Donnerstag nachmittags in Lausanne im Hotel Beauvillage in öffentlicher Sitzung erfolgen. In französischen Kreisen wird es als feststehend angesehen, daß diese Konferenz ausschließlich die Tributfrage behandelt und die wirtschafts- und handelspolitischen Fragen der Welttributkonferenz überwiesen werden, die Mitte November zusammentreten soll.

Französischerseits wird die Einberufung dieser Konferenz nach Genf gefordert. Bisher liegen noch keinerlei Entscheidungen vor, ob während der Lausanner Konferenz, deren Dauer hier auf zwei Wochen geschätzt wird, der Hauptaustausch der Abbrüstungskonferenz zusammentreten wird. Die Lage der Abbrüstungskonferenz ist daher nach jeder Richtung hin völlig ungeklärt, da sämtliche technischen Ausschüsse nunmehr ihre Arbeit abgeschlossen haben und die Konferenz damit völlig zum Stillstand gekommen ist. Das Präsidium der Konferenz wird daher am Donnerstag weitgehende Entschlüsse zu fassen haben.

Die englischen Pläne für Lausanne.

London. Es bestätigt sich, daß Herriot der englischen Regierung Anmerkungen über die französische Reparationspolitik gemacht hat, als er die Einladung an Mac Donald übermittelte. Die Bemerkungen sind jedoch allgemein gehalten. Sie lehnen sich eng an die Erklärungen Herriots in der Kammer an, enthalten also keine greifbaren Vorschläge.

Die vom „Daily Express“ gebrachte Meldung, daß in Lausanne Vorschläge für eine allgemeine Herabsetzung der Reparationen und Kriegsschulden gemacht werden würden, wird in London als ein aus französischer Quelle stammender Versuchsballon angesehen. Soweit England in Frage komme, sei der Plan einer Herabsetzung der Reparationszahlungen schon vor längerer Zeit fallengelassen worden und bilde, wie versichert wird, nicht mehr einen Teil der englischen Politik. In politischen Kreisen verstärkt sich der Eindruck, daß der englischen Abordnung sehr weite Verhandlungsmöglichkeiten offen gelassen worden sind.

In London sind Gerüchte im Umlauf, daß England, wenn Frankreich einer völligen Streichung der Reparationen zustimme, auf Deutschland im Sinne eines Entgegenkommens in der Abbrüstungsfrage Frankreich gegenüber hinwirken werde. Die englischen Vertreter, so meldet der „Star“, würden sich für die vollständige und allgemeine Streichung der Kriegsschulden und Reparationen einsetzen.

„Manchester Guardian“ nimmt gegen die Pläne Stellung, Deutschlands Reparationszahlungen auf etwa 200 Millionen Mark im Jahr herabzusetzen. Diese Summe würde eine sehr spürbare Last für das Deutsche Reich darstellen, das nicht wisse, wie es seine Einnahmen vergrößern oder seine Ausgaben vermindern könne, ohne soziale Unruhen hervorzurufen.

Richtlinien der Innenpolitik

Der Reichsinnenminister vor dem Reichsrat — Keine Wiederaufrichtung der Monarchie — „Höher als die Form steht der Staat!“

Berlin, 10. Juni

Im Reichsrat hielt Reichsinnenminister Freiherr von Gayl eine Rede, u. a. erklärte der Minister: Die langjährige Zugehörigkeit zum Reichsrat hat mir den Mut gestärkt, in schwerster Zeit das dornenvolle Amt des Reichsinnenministers zu übernehmen. Ich habe erkannt, daß die stärksten Kräfte unseres Volkes in dem Heimatboden und der Liebe zur angestammten Heimat wurzeln, daß die Eigenart der deutschen Stämme etwas Heiliges ist, was des Verständnisses und liebevoller Pflege bedarf, und daß der kulturelle Hochstand unseres Volkes nicht der Befruchtung von einer Zentrale, sondern der Mannigfaltigkeit des Lebens in den einzelnen deutschen Ländern sein Dasein verdankt.

Wir werden daher die Eigenart des Eigenlebens der deutschen Länder selbstverständlich nicht antasten. Für Preußen erwarten wir besonders das rasche Zustandekommen einer verfassungsmäßigen Regierung, von der wir hoffen, daß sie in den großen Fragen der Nation mit der Reichsregierung übereinstimmen und in lebendiger Fühlung mit uns arbeiten wird. Aus dieser Überzeugung heraus werde ich die Aufgabe der Reichsreform ansetzen.

Es ist noch nicht die Zeit gekommen, auf diesem Gebiet eine Stellungnahme der Reichsregierung auszusprechen. So dringend diese Reform auch ist und so sehr sie zusammenhängt mit den notwendigen Maßregeln zur Vereinfachung und Verbilligung der öffentlichen Verwaltung, so liegen heute dringendere Aufgaben vor, deren Lösung die Stunde gebieterisch fordert. Das bedeutet kein Ausschließen auf die lange Bank. Die Reichsregierung kann aber die dringendsten Fälle ihrer Aufgaben nur schrittweise lösen. Das Gleiche gilt von der Verfassungsreform. Die Weimarer Verfassung, die Grundlage unseres öffentlichen Lebens, deren Hüter ich als Reichsinnenminister pflichtgemäß bin, ist seit ihrem Bestehen vielfach durch die Geheggebung durchlöcherter und nach unbestrittener Ansicht weitester Kreise aller politischen Richtungen reformbedürftig. Verfassungen sind nicht starre Idole, sondern lebendige Wesen und der Entwicklung unterworfen. Wir werden auch an diese Aufgabe mit Ernst und Eifer herangehen.

Das Gerede von einer geplanten Aenderung der Verfassung in der Richtung der Wiederaufrichtung der Monarchie ist ein törichtes und darum schädliches Geschwätz.

Ich würde mir erbärmlich vornehmen, wenn ich auf dem Ministerstuhl verharren würde, meine persönliche, nicht nur angeborene und anerzogene, sondern in langen Jahren auch selbstermorbene Ueberzeugung zu verleugnen, daß ich die Monarchie für die angemessenste Staatsform für ein Volk, inmitten des Herzens von Europa, halte und daß ich, geschichtlich gesehen, mir der Verdienste des bisherigen Königs- und Kaiserhauses um das deutsche Volk stets dankbar bemüht bin. Ich bin aber der Ueberzeugung, daß in diesen Zeiten des Kampfes um Sein oder Nichtsein die Frage der Staatsform, Republik oder Monarchie, keine Frage ist, die unsere Zeit, geschweige denn die gegenwärtige Reichsregierung zu lösen haben.

Höher als die Form steht der Staat der Deutschen, der zu retten, unsere einzige Pflicht ist. Ich denke als Verfassungsminister nicht daran, unser Volk durch Aufrolung der Frage der Staatsform in neue Verwirrung zu bringen, und ich verbiete mir deutlich jeden Zweifel an meiner in die Hand des Herrn Reichspräsidenten gelobten Verfassungstreue.

Notverordnung Anfang nächster Woche.

Berlin. Das Reichskabinett hat gestern nachmittags, nachdem der Reichszentralrat seine Besprechung mit dem Präsidenten des Deutschen Städtetages und den Vertretern des Landgemeindetages über die Notlage der Gemeinden zu Ende geführt hatte, die Beratungen über die neue Notverordnung fortgesetzt. Wie die Berliner Blätter erfahren, schreiben die Arbeiten günstig fort, so daß nach wie vor damit gerechnet werden kann, daß mindestens die finanzpolitischen Maßnahmen am Montag oder Dienstag veröffentlicht werden können.

Der deutsche Außenminister v. Neurath wird heute mit nach Berlin zurückkehren. Es werden sodann die Beratungen über die Haltung der deutschen Delegation in Lausanne beginnen. Da der Außenminister v. Neurath infolge seiner langjährigen Tätigkeit als Vizepräsident des dienstälteste Mitglied des Reichskabinetts ist, ist er stellvertretender Reichszentralrat. Ein Vizekanzler ist vom Kabinett nicht besonders ernannt worden.

Reichszentralrat v. Papen wird, wie nunmehr feststeht, am Dienstagabend mit der deutschen Delegation nach Lausanne abreisen.

So wie ich denken der Herr Reichszentralrat und die übrigen Mitglieder des Kabinetts unter bewußter und pflichtgemäßer Hintanziehung aller persönlichen Anschauungen und Gefühle.

Zum Zweiten ein Wort über die angebliche reaktionäre Einstellung des Kabinetts und meiner Person. Wir stehen alle im Leben und sind bis zu dieser Stunde in Verbindung gewesen mit dem Leben unseres Volkes und gedenken es auch zu bleiben. Wir wissen, daß man Vergangenes nicht wiederherstellen kann, wie man Ruinen nach alten Plänen und Bildern wiederaufbaut.

Ein Volk ist ein Lebewesen, das sich täglich zum Leben oder Absterben weiterentwickelt und das niemals stillstehen oder sich zurückentwickeln kann zu einem gewissen Zustand. Wir wollen helfen, daß unser Volk lebt und einer besseren Zukunft entgegengeht. Darum wollen wir einen organischen Fortschritt und keinen Rückschritt.

Wir tragen bei dieser Arbeit nicht die uns angebotenen Scheuklappen. Wir sind keine Vertreter einseitiger Ständes- oder Berufsinteressen sondern Reichsminister, deren Sorge und Liebe jedem einzelnen Volksgenossen gehört, erwachsen aus der Liebe zu unserem Volk und unserem Vaterlande. Zu den tiefsten und schönsten Erlebnissen meines Lebens gehören die Zeiten, in denen ich im Kriege monatelang mit deutschen Männern aller Klassen und Berufen den Unterstand teilte, und die Tage der Volksabstimmung in Allenstein, in denen ich Führer eines in sich über alle sonstigen Schranken hinweg einigen Volkes zu sein das große Glück hatte.

Wenn ich je eine Binde vor den Augen getragen habe, so ist sie in jenen Zeiten gefallen, in denen ich das hohe Leben hatte, daß der Heimat ärmster Sohn auch ihr treuester war, ohne Rücksicht auf seine politische oder berufliche Einstellung. Damals reiste in mir eine warme Liebe auch zu den ärmsten und am schwersten sich durchs Leben schlagenden Volksgenossen, die für mein Leben Bestand haben wird. Wie ich, denkt die ganze Regierung.

Wir wissen, daß wir unser Volk nur erhalten können, wenn wir in warmer Liebe uns einsetzen für das richtig verstandene Wohl der breiten, arbeitnehmenden Massen. Wir müssen dabei in den Kauf nehmen, daß manche Maßnahme zunächst wenig volkstümlich sein und mißverstanden werden wird. Gleichmäßige Gerechtigkeit gegenüber allen politischen Strömungen, die sich bei ihrer Betätigung im Rahmen der Verfassung und der Gesetze halten, ist unsere vornehmste Aufgabe. In diesem Sinne wird eine Neuordnung der Vorschriften über die Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit in den nächsten Tagen erfolgen, welche die Bestimmungen über Versammlungen und Aufzüge, die Presse und die militärischen Organisationen unter Milderung des bestehenden Zustandes regelt. Ueber Einzelheiten kann ich erst sprechen, wenn der Entwurf die Billigung des Herrn Reichspräsidenten gefunden haben wird.

Das Kabinett geht dabei von der Absicht aus, den Wahlvorbereitungen der politischen Gruppen Freiheit zu lassen, damit in der auf den 31. Juli festgesetzten Wahl der Wille unseres Volkes unzweifelhaft zum Ausdruck kommen kann.

Ich will aber als Innenminister keinen Zweifel darüber lassen, daß ich, wenn diese Erwartung sich nicht erfüllen sollte, die öffentliche Ruhe und Ordnung mit allen Nachmitteln des Staates zu schützen den Willen und die Nerven habe.

Von den vielen Aufgaben, die sonst noch meiner harren, werde ich mich mit Unterstützung des ganzen Kabinetts mit besonderer Freude und Liebe der Pflege des Deutschtums innerhalb und außerhalb der Grenzen des Reiches annehmen, soweit die allgemeine Finanzlage mir das im Augenblick gestattet. In diesem Zusammenhang ein kurzes Wort über die für die Grenzländer, insbesondere den Ostern, so wichtige Siedlungsfrage. Ich habe in 24 Jahren selbst in meiner Heimat an der Neuschaffung von rund 300 Dörfern auf 150 000 Hektar Fläche an leitender Stelle mitgearbeitet und bin oft öffentlich als Vorkämpfer der ländlichen Siedlung hervorgetreten.

Ich betone hier nur, daß eine gesunde, lebensfähige stellungschaffende Siedlung eines der wichtigsten Glieder der Kette von Maßnahmen ist, die für den deutschen Osten getroffen werden müssen.

Ich bekenne mich bei meinem Amtsantritt als Innenminister, der die Geheggebung auf dem Gebiete des Re-